

# Landkreis Vorpommern-Greifswald

## Der Landrat



Landkreis Vorpommern-Greifswald, 17464 Greifswald, PF 11 32

Besucheranschrift: **An der Kürassierkaserne 9  
17309 Pasewalk**

Amt: Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz  
Sachgebiet: Bauleitplanung/Denkmalschutz

Büro.Knoblich Landschaftsarchitekten  
für die Gemeinde Ramin  
Herrn Walter  
Heinrich-Heine-Str. 13  
15537 Erkner



Auskunft erteilt: Frau Kügler  
Zimmer: 325  
Telefon: 03834 8760-3141  
Telefax: 03834 8760 93141  
E-Mail: Petra.Kuegler@kreis-vg.de  
beBPO: Landkreis Vorpommern-Greifswald  
- Zentrale Poststelle

Sprechzeiten  
Di: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 18.00 Uhr  
Do: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr  
Mo, Mi, Fr nach Vereinbarung

Aktenzeichen: **04933-22-44**

Datum: 20.01.2023

Grundstück: **Ramin, OT Bismark, ~**

Lagedaten: Gemarkung Bismark, Flur 102, Flurstücke 48, 49

Vorhaben: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 8 "Photovoltaikanlage Ramin 3 - Hohenfelder Tanger"  
hier: Beteiligung Träger öffentl. Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB; HAZ. 5016-2021

Grundlage für die Erarbeitung der Gesamtstellungnahme bildeten folgende Unterlagen:

- Ihr Anschreiben vom 28.11.2022 (Eingangsdatum 28.11.2022)
- Planungsunterlagen zum o.g. Vorhaben

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB haben die Fachämter des Landkreises Vorpommern-Greifswald den vorgelegten Entwurf der o.g. Satzung der Gemeinde Ramin begutachtet.

Ich möchte Sie bitten, die Hinweise, Ergänzungen und Einschränkungen der einzelnen Sachgebiete (SG) bei der weiteren Bearbeitung zu berücksichtigen.

### 1. Ordnungsamt

- 1.1 SG Brand- und Katastrophenschutz  
Die Stellungnahme wird nachgereicht.

### 2. Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz

#### 2.1 SG Bauordnung

*Bearbeiterin: Frau Appenzeller; Tel.: 03834 8760 3331*

Die Zuwegung für die Flurstücke 48, 49 der Flur 102 der Gemarkung Bismark muss gesichert sein.

Aussagen zum Löschwasser enthält die Begründung nicht. Dies ist im weiteren Verfahren zu ergänzen.

Landkreis Vorpommern-Greifswald

Hausanschrift  
Feldstraße 85 a  
17489 Greifswald

Postanschrift  
Postfach 11 32  
17464 Greifswald

Telefon: 03834 8760-0

Internet: [www.kreis-vg.de](http://www.kreis-vg.de)

Bankverbindungen

Sparkasse Vorpommern  
IBAN: DE96 1505 0500 0000 0001 91  
BIC: NOLADE21GRW

Sparkasse Uecker-Randow  
IBAN: DE81 1505 0400 3110 0000 58  
BIC: NOLADE21PSW

Gläubiger-Identifikationsnummer

## 2.2 SG Bauleitplanung/Denkmalschutz

### 2.2.1 SB Bauleitplanung

*Bearbeiterin: Frau Kügler; Tel.: 03834 8760 3141*

Die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgelegten Unterlagen wurden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den Vorschriften des BauGB und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften geprüft.

Im weiteren Planverfahren sind folgende Anregungen und Bedenken zu beachten:

1. Die Gemeinde Ramin verfügt für das Plangebiet nicht über einen wirksamen Flächennutzungsplan. Bei dem vorliegenden Bebauungsplan handelt es sich daher um einen vorzeitigen Bebauungsplan nach § 8 Abs. 4 BauGB, welcher einer Genehmigung nach § 10 Abs. 2 BauGB bedarf.
2. Das geplante Vorhaben entspricht nicht dem Landesraumentwicklungsprogramms Mecklenburg-Vorpommern vom 27.05.2016, Pkt. 5.3 Energie. Danach sollen Freiflächenphotovoltaikanlagen in einem Streifen von 110 m beiderseits von Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen errichtet werden. Die geplante Photovoltaikanlage erfüllt dieses Kriterium nicht, daher besteht im weiteren Verfahren Klärungsbedarf.
3. Die Erschließung des Plangebietes über vorhandene öffentliche Straßen ist im Bebauungsplan darzustellen. Dazu ist der Geltungsbereich des Bebauungsplanes so zu erweitern, dass die öffentliche Verkehrsfläche im Einbindungsbereich einbezogen und als öffentliche Straßenverkehrsfläche dargestellt wird.  
Denkbar wäre auch die Klarstellung des Straßenanschlusses durch textliche Festsetzung, z.B.: „Die Geltungsbereichsgrenze ist zwischen den Punkten A und B zugleich Straßenbegrenzungslinie.“, da die der allgemeinen Erschließung dienenden öffentlichen Verkehrsflächen in der Planzeichnung durch Straßenbegrenzungslinien abgegrenzt werden.
4. Zur Begründung Pkt. 10.1 Verkehrserschließung  
Der Ortsteil in unmittelbarer Grenznähe heißt Linken und nicht „Klinken“. Dies ist zu korrigieren.

Hinweis:

1. Die aktuelle vollständige Zitierung des Baugesetzbuches ist den Quellenangaben zu entnehmen. Die Zitierung weiterer Gesetze hat sich ebenfalls geändert, die in den Planunterlagen angegebenen Quellenangaben sind teilweise nicht mehr aktuell. Ich bitte dies zu prüfen.

### 2.2.2 SB Denkmalpflege

Die Stellungnahme wird nachgereicht.

## 2.3 SG Naturschutz

*Bearbeiterin: Frau Fregin; Tel.: 03834 8760 3215*

Seitens der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald ergeht zum o. g. Vorhaben unter Beachtung und Berücksichtigung nachstehender Forderungen folgende Stellungnahme:

Verfahrensstand: TöB – Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Vorliegende Unterlagen:

- Begründung zum Vorentwurf, Teil 1: Begründung (Stand: März 2022)
- Begründung zum Vorentwurf, Teil 2: Umweltbericht mit integriertem Artenschutzfachbeitrag (Stand: März 2022)
- Vorentwurf Vorhaben- und Erschließungsplan (Stand: 03.03.2022)

## **1. Umweltbericht**

Es ist entsprechend § 2 Abs. 4 des BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a in der Neufassung des Baugesetzbuches vom 23.09.04, in der jetzt gültigen Fassung eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden; die Anlage 1 zu diesem Gesetzbuch ist anzuwenden.

Die Gemeinde legt dazu für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist. Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessener Weise verlangt werden kann.

Mit der Änderung des BauGB und des UVPG des Bundes ist ein zusätzliches Schutzgut zu bewerten. Es handelt sich um das **Schutzgut Fläche**, welches losgelöst vom Schutzgut Boden zu betrachten ist.

Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

Der Umweltbericht wurde zur Kenntnis genommen.

Alle Maßnahmen sind entsprechend ihrem rechtlichen Kontext in den Planteil B des Vorhaben- und Erschließungsplan zu übernehmen.

## **2. Anforderungen an die Planung durch die Einbindung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in das Abwägungsgebot**

Entsprechend dem Abwägungsgebot des § 1 Abs. 5 und 6 BauGB sind die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege hinsichtlich des Vermeidungs- und Kompensationsgrundsatzes verfahrensmäßig und inhaltlich vollständig und abschließend auf der Ebene der Bauleitplanung zu klären. Es müssen deshalb alle anlagebedingten, betriebsbedingten und baubedingten Projektwirkungen prognostiziert werden. In der Bauleitplanung ist abschließend darüber zu entscheiden, ob sich die Eingriffe in Natur und Landschaft rechtfertigen lassen und ob und in welchem Umfang für unvermeidbare Beeinträchtigungen Kompensationsmaßnahmen notwendig sind. Die Gemeinde ist deshalb nach § 1 a Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 BauGB verpflichtet, über alle Eingriffsfolgen bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu entscheiden.

Die Bewertung der Eingriffs- und der Kompensationsmaßnahmen sollte nach den Hinweisen zur Eingriffsregelung für Mecklenburg – Vorpommern in der Neufassung von 2018 erfolgen.

Bei der Ausführungsplanung für die Kompensationsmaßnahmen sind die ermittelten Anforderungen an die Funktionalität der Maßnahmen hinsichtlich der Eignung zu berücksichtigen.

Befindet sich die Kompensationsmaßnahme nicht auf dem Eingriffsgrundstück, ist der Nachweis der Flächenverfügbarkeit zu erbringen und die Maßnahmen sind durch Sicherung der Grunddienstbarkeit und einer Vereinbarung zwischen dem Erschließungsträger, dem Grundstückseigentümer, der Gemeinde und der unteren Naturschutzbehörde vertraglich zu binden.

§ 15 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29.Juli 2009 (BGBl. 2009 S. 2542) sagt aus, dass der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet ist, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen innerhalb einer zu bestimmenden Frist durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen.

Es ist eine Bilanzierung des Eingriffs und der Kompensationsmaßnahmen vorzulegen. Die Bewertung der Eingriffs- und der Kompensationsmaßnahmen ist nach den Hinweisen zur

Eingriffsregelung für Mecklenburg – Vorpommern der Schriftenreihe des LUNG 2018, anzufertigen.

### **3. Eingriffsregelung – Ermittlung des Kompensationsbedarfs**

**Die Bilanzierung kann aus folgenden Gründen nicht nachvollzogen werden:**

- a) Die Ermittlung des Lagefaktors erfolgt nach Punkt 2.2 der HzE (2018). Je nach Abstand (<100m, 100-625m, >625m) zu vorhanden Störquellen (Siedlungsbereiche, Straßen, vollversiegelte ländliche Wege) werden unterschiedliche Lagefaktoren in die Berechnung einbezogen.  
Aus Text und Tabelle kann nicht geschlossen werden, mit welcher Begründung die Lagefaktoren gewählt wurden und wie die betroffenen Flächen zustande kommen. Die einzelnen konkreten Betroffenheiten müssen bildlich dargestellt werden, da sie sonst nicht nachvollzogen werden können.
- b) Es ist die gesamte Fläche des Sandackers (angegeben mit 17,2ha) in der Bilanzierung zu berücksichtigen, nicht nur die Fläche der Modultische, da der gesamte Acker einer anderen Nutzung zugeführt wird. Außerdem werden die Zwischenmodulflächen bei den kompensationsmindernden Maßnahmen berücksichtigt.
- c) Die teil- und vollversiegelten Flächen sind einzeln anzugeben, zudem ist der Zaun für die Einfriedung zu berücksichtigen.
- d) Bei der Maßnahme „Umwandlung von Acker in extensive Mähwiese“ (Punkt 2.31 HzE 2018) sind die Flächenangaben zu überprüfen und zu korrigieren, da die in der Planzeichnung als E2 gekennzeichneten Flächen nur teilweise als Ackerfeldblock ausgewiesen sind (siehe auch Biotoptypenkartierung). Die ruderale Staudenflur und Baumhecken können nicht für diese Maßnahme in Anspruch genommen werden. Zudem ist auf die Mindestbreite von 10 m zur Anerkennung zu achten.

Bei Maßnahmen mit Pflegeverpflichtung (rot dargestellt in der HzE 2018) bedarf es eines gesonderten Pflege- und Kostenplans. Die Gelder müssen bei der Gemeinde (Amt) hinterlegt werden. Darin müssen die gesamten Kosten für die Maßnahme gelistet sein für die Umsetzung der kommenden 25 Jahre. Der Pflegeplan muss detailliert beschrieben werden

Der anfallende Kompensationsbedarf muss demnach neu berechnet werden. Die Kompensationsmaßnahme muss benannt und in Fläche und Ausführung detailliert beschrieben werden.

Es sind geeignete Ausgleichsmaßnahmen abzuleiten. Die Flächenverfügbarkeit für Ausgleichsmaßnahmen ist nachzuweisen. Alternativ können auch Ökopunkte abgebucht werden, von Ökokonten aus dem gleichen Naturraum (hier: Rückland der Mecklenburgischen Seenplatte). Werden die Kompensationsflächenäquivalente durch eine Ökokonto ausgeglichen, ist das Abbuchungsprotokoll vor der abschließenden Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.

### **4. Belange des speziellen Artenschutzes**

Die Belange des Artenschutzes können erst nach Vorliegen der Kartierungsergebnisse des Artenschutzfachbeitrages abschließend behandelt werden.

Die Zuständigkeit für Entscheidungen nach § 44 BNatSchG befindet sich entsprechend § 6 des NatSchAG M-V bei den unteren Naturschutzbehörden.

**Nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG gelten folgende Arten als besonders geschützt:**

- Arten der Anhänge A und B der EG-Verordnung 338/97

- Arten des Anhanges IV der FFH-Richtlinie 92/43/EWG
- Europäische Vogelarten
- Tier und Pflanzarten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 aufgeführt sind;

Streng geschützt sind laut § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG:

- Arten des Anhanges A der EG-Verordnung 338/97
- Arten des Anhanges IV der Richtlinie 92/43/EWG
- Tier und Pflanzenarten die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 2 BNatSchG aufgeführt sind.

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten,

1. wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen unterliegen nicht der gemeindlichen Abwägung. Bei Betroffenheit besonders oder streng geschützter Arten ist eine Ausnahme zu beantragen. Einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG dürfen die dort genannten Bestimmungen der EG-Vogelschutzrichtlinie und der FFH- Richtlinie nicht entgegenstehen.

Hinweis

Da in dem Vorhabengebiet eine Betroffenheit von Bodenbrütern, insbesondere der Feldlerche, nicht ausgeschlossen werden kann, sei hier daraufhin gewiesen, dass die Fläche der Photovoltaikanlage nur als Bruthabitat anerkannt wird, wenn die Modulreihenabstände so gewählt werden, dass ab ca. 9:00 Uhr morgens bis ca. 17:00 Uhr in der Zeit zwischen Mitte April und Mitte September ein besonnter Streifen von mindestens 2,5m Breite entsteht. D.h. nur ein Modulreihenabstand von mindestens 3m wird, laut einer Studie des bne (Bundesverband Neue Energiewirtschaft) als günstig für Bodenbrüter erachtet. Das Maß des besonnten Streifens und die entsprechenden Modulreihenabstände werden im Textteil (Teil B) der Satzung festgesetzt.

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG sind die Artenschutzbelange während der Bauphase durch eine ökologische Baubegleitung abzusichern.

**Ökologische Baubegleitung**

Zur Gewährleistung einer ökologisch sachgerechten Bauabwicklung, insbesondere zur Berücksichtigung des vorsorgenden Artenschutzes, ist eine ökologische Baubegleitung von einer fachkundigen Person, die der zuständigen Naturschutzbehörde vor Baubeginn schriftlich zu benennen ist, durchführen zu lassen.

Der Einsatz der ökologischen Baubegleitung ist durch eine naturschutzfachlich ausgebildete Fachkraft durchzuführen.

Die ökologische Bauüberwachung nimmt während der Baustelleneinrichtung und bei den Erdarbeiten an Bauberatungen teil und weist die am Bau Beschäftigten in die naturschutzfachlichen und ökologischen Aspekte der Bauausführung ein. Der Bauablauf ist

zu dokumentieren (Protokolle, Fotos). Die Protokolle der ökologischen Baubegleitung mit Dokumentation der Maßnahmen in Wort und Bild ist der UNB unaufgefordert vorzulegen.

Es wird empfohlen die Passage in den Textteil B der Satzung unter dem Punkt Hinweise zu übernehmen.

### **5. Maßnahmen zur Vermeidung/Verminderung/Pflege**

Die artenschutzrelevanten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen können hier nicht abschließend bewertet werden, da die Ergebnisse des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages noch ausstehen.

Die Mahdtermine sind dem Maßnahmenpunkt 2.31 der HzE anzupassen, dort ist auch in der Entwicklungspflege eine Mahd erst nach dem 1. Juli vorgesehen.

### **6. Baumschutz**

Gemäß § 18 des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz – NatSchAG M-V) vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V 2010, S. 66) sind alle Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 100 Zentimetern (gemessen in 1,30 Meter Höhe vom Erdboden) gesetzlich geschützt.

Nach § 18 Abs. 2 NatSchAG M-V sind die Beseitigung geschützter Bäume sowie alle Handlungen, die zu ihrer Zerstörung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung führen können, verboten.

### **7. Schutz von Alleen und Baumreihen**

Nach § 19 NatSchAG M-V (Stand 23. Februar 2010) ist Folgendes zu beachten:

(1) Alleen und einseitige Baumreihen an öffentlichen oder privaten Verkehrsflächen und Feldwegen sind gesetzlich geschützt. Die Beseitigung von Alleen oder einseitigen Baumreihen sowie alle Handlungen, die zu deren Zerstörung, Beschädigung oder nachteiligen Veränderung führen können, sind verboten. Dies gilt nicht für die Pflege und Rekultivierung vorhandener Garten- und Parkanlagen entsprechend dem Denkmalschutzrecht.

(2) Die Naturschutzbehörde kann Befreiungen unter den Voraussetzungen des § 67 Absatz 1 und 3 des Bundesnaturschutzgesetzes erteilen. Bei Befreiungen aus Gründen der Verkehrssicherheit liegen Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses in der Regel erst dann vor, wenn die Maßnahme aus Gründen der Verkehrssicherheit zwingend erforderlich ist und die Verkehrssicherheit nicht auf andere Weise verbessert werden kann.“

Im Rahmen der Planung von Zufahrtswegen, Baustelleneinrichtungsflächen und der Bebauung ist dem Rechnung zu tragen.

- Im Vorhaben- und Erschließungsplan sind die Baumreihen als geschützt nach § 19 NatSchAG festzusetzen und als solche zu kennzeichnen.
- Die Krontraufen- und Wurzelbereiche sind von einer Bebauung freizuhalten und gegebenenfalls als freizuhaltende Schutzflächen zu kennzeichnen.

### **8. Biotopschutz**

Um die gesetzlich geschützten Biotope ist ein Pufferstreifen von 20m einzuhalten. Nur unter dieser Voraussetzung sind die Erhaltungsziele nach Vorgabe des § 20 Abs. 1 NatSchAG M-V zu gewährleisten.

Maßnahmen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung des charakteristischen Zustandes oder sonstigen erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung folgender Biotope

in der Anlage 1 zu diesem Gesetz beschriebenen Ausprägung führen können, sind unzulässig.

Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag im Einzelfall Ausnahmen zulassen, wenn die Beeinträchtigungen der Biotope ausgeglichen werden können oder die Maßnahme aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls notwendig ist. Bei Ausnahmen, die aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls notwendig sind, finden die Bestimmungen des § 15 Abs. 4bis 6 BNatSchG über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Anwendung.

### **9. Gesetzlicher Waldschutz**

Nach § 20 Abs. 1 LWaldG (Stand 27. Juli 2011) ist zur Sicherung vor Gefahren durch Windwurf oder Waldbrand ist bei der Errichtung baulicher Anlagen ein Abstand von 30 Metern zum Wald einzuhalten. Die oberste Forstbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung hiervon Ausnahmen zu bestimmen.

### **10. Städtebaulicher Vertrag**

Bei der Ausführungsplanung für die Kompensationsmaßnahmen sind die ermittelten Anforderungen an die Funktionalität der Maßnahmen hinsichtlich der Eignung zu berücksichtigen und es ist der Naturraum zu berücksichtigen, in dem der Eingriff stattfindet.

Befindet sich die Kompensationsmaßnahme nicht auf dem Eingriffsgrundstück, ist der Nachweis der Flächenverfügbarkeit zu erbringen und die Maßnahmen sind durch Sicherung der Grunddienstbarkeit und einer Vereinbarung zwischen dem Erschließungsträger, dem Grundstückseigentümer, der Gemeinde und der unteren Naturschutzbehörde vertraglich zu binden.

Dabei ist inhaltlich zu regeln, dass der Eigentümer der Grundstücke die Kompensationsmaßnahmen dauerhaft (erst mit der Aufhebung des Bebauungsplanes wird der Eingriff rückabgewickelt) für Zwecke des Naturschutzes zu sichern hat. Die Dienstbarkeit ist im Grundbuch in Abt. II an erster Rangstelle und vor Grundpfandrechten in Abteilung III einzutragen. Die Sicherung und der Nachweis der Flächenverfügbarkeit der Kompensationsmaßnahmen bzw. artenschutzrechtlichen Maßnahmen ist verbindlich zum Zeitpunkt des Beschlusses der Satzung des Bebauungsplanes bzw. bei Planstand nach § 33 BauGB sicherzustellen. Die Eintragung der Dienstbarkeit ist der unteren Naturschutzbehörde zeitnah nachzuweisen.

Vor Ergehen der abschließenden Stellungnahme ist der unteren Naturschutzbehörde der städtebauliche Vertrag vor Unterzeichnung, zur Prüfung vorzulegen. In dem Vertrag ist die Verpflichtung zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen i.S. der Eingriffsregelung als auch ggf. der CEF, VM und FCS Maßnahmen zu sichern. Die untere Naturschutzbehörde ist als Vertragspartner im städtebaulichen Vertrag zu führen.

## **3. Amt für Wasserwirtschaft und Kreisentwicklung**

### **3.1 SG Abfallwirtschaft/Immissionsschutz**

#### **3.1.1 SB Abfallwirtschaft/Altlasten**

*Bearbeiter: Herr Wiegand; Tel.: 03834 8760 3271*

Die Belange der unteren **Abfall- und Bodenschutzbehörde** sind im vorliegenden B-Plan Nr. 8 "Photovoltaikanlage Ramin 3 - Hohenfelder Tanger" berücksichtigt.

Weitere Auflagen werden nicht erhoben.

#### **3.1.2 SB Immissionsschutz**

*Bearbeiter: Herr Plünsch; Tel.: 03834 8760 3238*

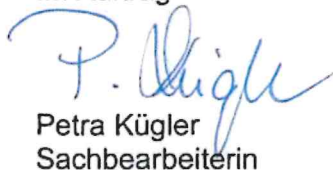
Seitens der unteren Immissionsschutzbehörde bestehen zum o.g. Vorhaben keine Einwände.

### 3.2 SG Wasserwirtschaft

Die Stellungnahme wird nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Petra Kügler  
Sachbearbeiterin

#### Verteiler

Büro.Knoblich Landschaftsarchitekten für die Gemeinde Ramin  
z.d.A.

#### Quellenangaben

- |              |   |
|--------------|---|
| BauGB        | Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6)  |
| LBauO M-V    | Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V 2015, S. 344) zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2021 (GVOBl. M-V S. 682)  |
| BNatSchG     | Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022  |
| NatSchAG M-V | Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz) vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V 2010, S. 66) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 05. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 221, 228) |
| BBodSchG     | Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)                     |
| LBodSchG M-V | Gesetz über den Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz) vom 4. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011 S. 759, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05. Juli 2018, (GVOBl. M-V S. 219)                                   |



# Landkreis Vorpommern-Greifswald

Der Landrat



Landkreis Vorpommern-Greifswald, 17464 Greifswald, PF 11 32

Besucheranschrift: **An der Kürassierkaserne 9  
17309 Pasewalk**

Amt: Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz  
Sachgebiet: Bauleitplanung/Denkmalschutz

Büro.Knoblich Landschaftsarchitekten  
für die Gemeinde Ramin  
Herrn Walter  
Heinrich-Heine-Str. 13  
15537 Erkner

Auskunft erteilt: Frau Kügler  
Zimmer: 325  
Telefon: 03834 8760-3141  
Telefax: 03834 8760 93141  
E-Mail: Petra.Kuegler@kreis-vg.de  
beBPO: Landkreis Vorpommern-Greifswald  
- Zentrale Poststelle

Sprechzeiten  
Di: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 18.00 Uhr  
Do: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr  
Mo, Mi, Fr nach Vereinbarung

Aktenzeichen: **04933-22-44**

Datum: 26.04.2023

Grundstück: **Ramin, OT Bismark, ~**

Lagedaten: Gemarkung Bismark, Flur 102, Flurstücke 48, 49

Vorhaben: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 8 "Photovoltaikanlage Ramin 3 - Hohenfelder Tanger"  
hier: Beteiligung Träger öffentl. Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB; HAZ. 5016-2021

Grundlage für die Erarbeitung der Stellungnahme des Landkreises bildeten folgende Unterlagen:

- Ihr Anschreiben vom 28.11.2022 (Eingangsdatum 28.11.2022)
- Planungsunterlagen zum o.g. Vorhaben

## Nachtrag zur Gesamtstellungnahme

Sehr geehrter Herr Walter,

hiermit erhalten Sie einen ausstehenden Nachtrag zur Gesamtstellungnahme des Landkreises Vorpommern-Greifswald vom 20.01.2023.

Ich möchte Sie bitten, diesen bei der weiteren Bearbeitung des Vorhabens zu beachten.

### 1. Ordnungsamt

#### 1.1 SG Brand- und Katastrophenschutz

##### 1.1.1 Abwehrender Brandschutz

*Bearbeiter: Herr Gerhardt; Tel.: 03834 8760 2814*

#### **Feuerwehr**

Die zuständige öffentliche Feuerwehr, die FF Ramin mit ihrer Löschgruppe Bismark, kommt als Feuerwehr mit Grundausstattung zum Einsatz. Eine wirksame Löschhilfe durch Nachbarwehren ist grundsätzlich möglich. Über den sofortigen Einsatz bzw. die Nachforderung von Nachbarwehren entscheidet der Wehrführer mit Abstimmung des Feuerwehrplanes.

Für das Objekt ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 zu erstellen und mit der Brandschutzdienststelle abzustimmen. Der zuständigen örtlichen Feuerwehr ist ein Druckexemplar als Dokumentenordner mit Rückenbeschriftung nachweislich zu übergeben. Die Brandschutzdienststelle erhält ein PDF- Dokument zu Archivierung und Weitergabe an die Integrierte Leitstelle Greifswald. Vor Nutzungsaufnahme ist mit der örtlichen Feuerwehr eine Ortsbesichtigung durchzuführen und zu protokollieren.

Landkreis Vorpommern-Greifswald

Hausanschrift  
Feldstraße 85 a  
17489 Greifswald

Telefon: 03834 8760-0  
Telefax: 03834 8760-9000

Postanschrift  
Postfach 11 32  
17464 Greifswald

Internet: [www.kreis-vg.de](http://www.kreis-vg.de)  
E-Mail: [posteingang@kreis-vg.de](mailto:posteingang@kreis-vg.de)

Bankverbindungen

Sparkasse Vorpommern  
IBAN: DE96 1505 0500 0000 0001 91  
BIC: NOLADE21GRW

Sparkasse Uecker-Randow  
IBAN: DE81 1505 0400 3110 0000 58  
BIC: NOLADE21PSW

Gläubiger-Identifikationsnummer  
DE11ZZZ00000202986

### **Zugänglichkeit**

Die gewaltfreie Zugänglichkeit und sichere Zufahrt für die Feuerwehr ist, z. B. durch eine Feuerwehrdoppelschließung an der Toranlage, jederzeit zu gewährleisten.

### **Löschwasser**

Für das Objekt ist, soweit nicht durch den Grundschutz der Gemeinde abgesichert, eine geeignete Löschwasserentnahmemöglichkeit zu schaffen. Dies kann ein Löschwasserteich, -zisterne, -brunnen o. ä. sein. Dabei ist eine frostsichere Löschwasserentnahmestelle mit Feuerwehraufstell- und Bewegungsflächen nach DIN 14210 entsprechend zu berücksichtigen.

*Die o. g. Anforderungen sind unter Pkt.13 bereits Bestandteil der Begründung zum Vorentwurf des im Betreff genannten B-Planes Nr. 8.*

#### 1.1.2 Katastrophenschutz

*Bearbeiterin: Frau Glöde; Tel.: 03834 8760 2840*

Nach den mir vorliegenden Daten aus dem Kampfmittelkataster des Landes sind derzeit keine Anhaltspunkte auf latente Kampfmittelgefahren zu entnehmen.

Nach bisherigen Erfahrungen ist es nicht auszuschließen, dass auch in für den Munitionsbergungsdienst als nicht kampfmittelbelastet bekannten Bereichen Einzelfunde auftreten können.

Aus diesem Grunde sind Tiefbauarbeiten mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Sollten bei den Arbeiten kampfmittelverdächtige Gegenstände oder Munition aufgefunden werden, sind aus Sicherheitsgründen die Arbeiten an der Fundstelle und in der unmittelbaren Umgebung sofort einzustellen, so ist der Fundort zu räumen und abzusperren.

Gemäß § 5 Abs. 1 Kampfmittelverordnung M-V ist die Fundstelle der örtlich zuständigen Ordnungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Ebenso kann die Meldung über die nächste Polizeidienststelle erfolgen. Von hieraus erfolgt die Information des Munitionsbergungsdienstes.

## 2. Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz

### 2.1 SG Bauleitplanung/Denkmalschutz

#### 2.1.1 Denkmalschutz

Eine Stellungnahme liegt mir nicht vor.

## 3. Amt für Wasserwirtschaft und Kreisentwicklung

### 3.1 SG Wasserwirtschaft

*Bearbeiterin: Frau Küster; Tel.: 03834 8760 3265*

Dem geplanten o. g. Vorhaben wird seitens der Unteren Wasserbehörde des Landkreises unter Einhaltung nachfolgender **Auflagen** und **Hinweise** zugestimmt:

#### **Auflagen**

1. Nach § 49 (1) WHG sind Arbeiten, die so tief in den Boden eindringen, dass sie sich unmittelbar oder mittelbar auf die Bewegung, die Höhe oder die Beschaffenheit des Grundwassers auswirken können, der zuständigen Behörde einen Monat vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen. Wird nach § 49 (2) WHG dabei unbeabsichtigt Grundwasser erschlossen, ist dies der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen.
2. Mit dem zuständigen Wasser- und Bodenverband ist zu klären, ob sich evtl. Rohrleitungen (Gewässer II. Ordnung) auf dem Grundstück befinden.

3. Sollte bei den Tiefbauarbeiten teilweise eine geschlossene Wasserhaltung (**Grundwasserabsenkung**) erforderlich sein, so stellt dies nach § 9 WHG eine Gewässerbenutzung dar. Nach § 8 WHG bedarf die Benutzung eines Gewässers der wasserrechtlichen Erlaubnis.
4. Sollten bei den Erdarbeiten Dränungen oder auch andere hier nicht erwähnte Entwässerungsleitungen angetroffen und beschädigt werden, so sind sie in jedem Falle wieder funktionsfähig herzustellen, auch wenn sie zum Zeitpunkt der Bauarbeiten trockengefallen sind. Der zuständige Wasser- und Bodenverband ist zu informieren.

#### Hinweise

1. Nach § 5 WHG ist eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden und die Leistungsfähigkeit des Wasserhaushalts zu erhalten.
2. Niederschlagswasser soll nach § 55 WHG ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden.
3. Anfallendes unbelastetes Niederschlagswasser kann über eine ausreichende Sickerstrecke von mind. 1,00 m zum Mittleren Höchsten Grundwasserstand (MHGW) auf dem Grundstück versickert werden. Nach dem DWA-Regelwerk, Arbeitsblatt DWA-A 138 muss der relevante Versickerungsbereich im kf-Bereich von  $1 \cdot 10^{-3}$  bis  $1 \cdot 10^{-6}$  m/s liegen.
4. Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ist besondere Vorsicht geboten. Im Falle einer Havarie mit wassergefährdenden Stoffen ist unverzüglich die zuständige untere Wasserbehörde zu benachrichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Petra Kügler  
Sachbearbeiterin

#### **Quellenangaben**

WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5)
LWaG M-V	Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG M-V) vom 30. November 1992 (GVObI. M-V S. 669; GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 753-2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juni 2021 (GVObI. M-V S. 866)

# Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern - Der Amtsleiter -



17489 Greifswald, Schuhhagen 3  
Telefon 03834 514939-0  
E-Mail: poststelle@afrlvp.mv-regierung.de

Gemeinde Ramin über  
Büro Knoblich  
Herrn Andreas Walter  
Heinrich-Heine-Straße 13  
15537 Erkner

büro.knoblich  
LANDSCHAFTSARCHITECTEN  
EINGANG Erkner  
16. Jan. 2023  
gez.: .....  
Weiterleitung an: .....  
21-124

Bearbeiter: Herr Braunsch  
Telefon: 03834 – 51 49 39-32  
E-Mail: stefan.braunsch@afrlvp.mv-regierung.de  
AZ: AZ: 210 / 505.633 / 3\_204/21  
Datum: 10.01.2023

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom  
(E-Mail) 28.11.2022

nachrichtlich:

- Landkreis Vorpommern-Greifswald
- WM MV, Abt. 7

## **Aufstellung des vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.8 „Photovoltaikanlage Ramin 3 - Hohenfelde“ der Gemeinde Ramin, Landkreis Vorpommern-Greifswald, (Posteingang: 28.11.2022)**

hier: Landesplanerische Stellungnahme im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Absatz 1 Baugesetzbuch

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit den o.g. Vorhaben beabsichtigt die Gemeinde Ramin die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlagen (PV-Anlage) mit einer Gesamtfläche von ca. 22 ha zu schaffen.

Gemäß dem Regionalen Raumentwicklungsprogramm Vorpommern (RREP VP, 2010) liegt das Plangebiet in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft.  
Das RREP VP sieht in seinem Programmsatz 6.5 (8) zum Thema Energie vor, dass Solaranlagen vorrangig auf Gebäuden oder Lärmschutzwänden bzw. auf versiegelten Standorten wie Konversionsflächen aus wirtschaftlicher oder militärischer Nutzung errichtet werden sollen.

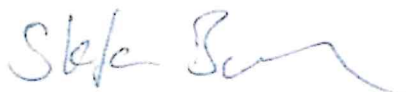
Das Plangebiet wird aktuell landwirtschaftlich genutzt. Gemäß der Zielsetzung 4.5 (2) des Landesraumentwicklungsprogramms M-V (LEP, 2016) dürfen landwirtschaftlich genutzte Flächen ab der Wertzahl 50 nicht in andere Nutzungen umgewandelt werden.  
Gemäß den mir vorliegenden Daten liegen die Bodenwertzahlen unter 50 Punkten.

Gemäß der Zielsetzung 5.3 (9) des LEP M-V 2016 dürfen landwirtschaftlich genutzte Flächen nur in einem Streifen von 110 m beiderseits von Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen für Freiflächenphotovoltaikanlagen in Anspruch genommen werden. Das Vorhaben wird nicht durch den 110 m-Streifen zu den im Ziel der Raumordnung festgeschriebenen Infrastrukturen abgedeckt.

Die Errichtung der Freiflächenphotovoltaikanlage **ist daher mit den Zielen der Raumordnung nicht vereinbar.**

Es steht der Gemeinde grundsätzlich frei, für die beabsichtigte Aufstellung eines Bauleitplans, welcher nicht dem Erfordernis der Anpassung an die Ziele der Raumordnung gemäß § 1 Abs. 4 BauGB entspricht, eine Zielabweichung bei der obersten Landesplanungsbehörde zu beantragen. Dies bedürfte in jedem Fall einer Einzelfallentscheidung durch die oberste Landesplanungsbehörde. Rechtsgrundlage ist § 5 Abs. 6 Landesplanungsgesetz (Abweichung von den Zielen der Raumordnung). Eine detaillierte Auflistung der Prüfkriterien, an denen sich die oberste Landesplanungsbehörde bei der Beurteilung des Antrages orientieren würde, ist bei dieser einzuholen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Stefan Braunisch

**Staatliches Amt  
für Landwirtschaft und Umwelt  
Vorpommern**



STALU Vorpommern  
Sitz des Amtsleiters: Dienststelle Stralsund,  
Badenstraße 18, 18439 Stralsund

Vorab per E-Mail:

[walter@bk-landschaftsarchitekten.de](mailto:walter@bk-landschaftsarchitekten.de)

büro.knoblich  
Heinrich-Heine-Str. 13  
15537 Erkner



Telefon: 0385/ 588 68 203

Bearbeitet von: Frau Biernat  
Aktenzeichen:  
**20b-5121.12/75-113-008/23**  
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Ueckermünde, 22.02.2023

**Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs.2 BauGB)**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 8 "Photovoltaikanlage Ramin 3 Hohenfelder Tanger",  
Gemeinde Ramin**

Ihr Schreiben vom: 28.11.2022

Stellungnahme Abteilung Landwirtschaft und Flurneuordnungsbehörde

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus agrarstruktureller Sicht sollten Solar- und Photovoltaikanlagen im Außenbereich auf versiegelten und Konversionsflächen errichtet werden.

Bei Ackerflächen mit bis zu 20 Bodenpunkten bestehen aus agrarstruktureller Sicht ebenfalls keine Bedenken zur Errichtung von Solar- bzw. Photovoltaikanlagen.

Eine landwirtschaftliche Pflanzenproduktion auf Ackerflächen mit bis zu 20 Bodenpunkten ist zunehmend Risiken ausgesetzt, welche die Wirtschaftlichkeit stark einschränken. Daher bestehen aus agrarstruktureller Sicht keine Bedenken zur Errichtung von Solaranlagen auf Ackerflächen mit derart geringer Bodenwertigkeit.

Der Geltungsbereich des Vorhabens umfasst ca. 21 ha Ackerland mit einer durchschnittlichen Ackerzahl von 18 Bodenpunkten, also unter der agrarstrukturellen Bedenklichkeitsgrenze. Dem Vorhaben stehen agrarstrukturelle Belange somit nicht entgegen.

Allgemeine Datenschutzinformation:

Der Kontakt mit dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage:

Art. 6 Abs. 1 e DSGVO i.V.m. § 4 Abs. 1 DSG M-V). Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.regierung-mv.de/Datenschutz](http://www.regierung-mv.de/Datenschutz).

**Hausanschrift:**  
Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern  
Kastanienallee 13, 17373 Ueckermünde

Telefon: 0385 / 588 68 001  
Telefax: 0385 / 588 68 700  
E-Mail: [poststelle@staluvp.mv-regierung.de](mailto:poststelle@staluvp.mv-regierung.de)

Betroffene Landwirtschaftsbetriebe, als Nutzer der im Geltungsbereich liegenden Flächen, sollten möglichst frühzeitig in die Bauleitplanung eingebunden werden.  
Bewirtschaftungsplanungen, auch hinsichtlich der EU-Agrarförderung, könnten dann rechtzeitig konkretisiert werden.

Zu naturschutzrechtlichen und Umwelt-Belangen ergehen die Stellungnahmen gesondert von der Dienststelle Stralsund des StALU Vorpommern.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag  
i. V.



Domagalski

BUND M-V e.V., Wismarsche Straße 152, 19053 Schwerin

Bund für Umwelt  
und Naturschutz  
Deutschland

Amt Löcknitz-Penkun  
Chausseestraße 30, PF 9  
17321 Löcknitz

Büro Knoblich  
Heinrich-Heine Straße 13  
15537 Erkner

Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Wismarsche Straße 152  
19053 Schwerin  
Telefon: 0385 521339-0  
Telefax: 0385 521339-20  
E-Mail: bund.mv@bund.net

per E-Mail: amt@loecknitz-online.de, beteiligung@bk-landschaftsarchitekten.de

<u>Ihr Zeichen:</u>	<u>Ihre Nachricht vom:</u>	<u>Unser Zeichen:</u>	<u>Datum:</u>
(Projekt Nr. 21-124)	28.11.2022	475-22, 476-22/2c/CN	19.12.2022

Mitwirkung von anerkannten Naturschutzvereinigungen gemäß § 63 Abs. 2 BNatSchG i.V.m. § 30 NatSchAG M-V

**Hier: Vorentwürfe der vorhabenbezogenen Bebauungspläne Nr. 7 „Photovoltaikanlage Ramin 2 Neu Blankensee“ und Nr. 8 „Photovoltaikanlage Ramin 3 Hohenfelder Tanger“ der Gemeinde Ramin**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
im Auftrag des BUND Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. danke ich für die Beteiligung am Verfahren. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir freuen uns, dass sich Ihre Gemeinde dazu entschieden hat, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Zu der vorgelegten Planung würden wir gern die folgenden Anregungen geben:

Der umgebende Zaun der Anlagen sollte 20 cm Bodenfreiheit betragen, um möglichst vielen Tierarten eine Durchquerung ohne die Gefahr sich im Zaun zu verfangen, zu ermöglichen.

Zudem regen wir anstatt des Zaunes eine Baumhecke aus heimischen, standortgerechten Arten zu pflanzen. Zur Diebesabwehr können dabei Arten wie *Prunus spinosa*, *Rosa canina* und *Crataegus monogyna* gepflanzt werden. Eine Baumhecke würde nicht nur Blendwirkungen durch die Anlage verhindern, sondern auch das Landschaftsbild aufwerten und Lebensräume für mehrere Arten schaffen. Zudem ist dies als Ausgleichsmaßnahme anrechenbar.



Gern möchten wir auch auf die „Position des BUND M-V zu Solaranlagen“

(einsehbar unter: [https://www.bund-mecklenburg-vorpommern.de/fileadmin/mv/PDF/Energie/Position\\_Solaranlagen\\_BUND\\_MV\\_0122.pdf](https://www.bund-mecklenburg-vorpommern.de/fileadmin/mv/PDF/Energie/Position_Solaranlagen_BUND_MV_0122.pdf))

hinweisen, die eine naturschutzfachliche Aufarbeitung des Themas beinhaltet.

Wir bitten darum, uns die folgenden geplanten Kartierungen (zu Ramin 2 bzw. Ramin 3) zu übermitteln, sobald sie angefertigt wurden:

- Kartierung der Gilde der Frei-, Gebüsch- und Bodenbrüter auf Basis der für die Kartierperiode 2022
- Daten zu artenschutzrelevanten Amphibien in der weiteren Planung auf Basis der Potentialabschätzungen vor Ort bzw. geplanten Kartierungen 2022
- Daten zu artenschutzrelevanten Reptilien bzw. der Zauneidechse auf Basis der Habitatpotentialüberprüfung vor Ort bzw. der sich ggf. anschließenden Kartierungen 2022

(vorhabenbezogener Bebauungsplan „Photovoltaikanlage Ramin 3 Hohenfelder Tanger“, Artenschutzfachbeitrag, S. 55 ff.)

Sollten uns Erkenntnisse aus aktuellen fachlichen Erhebungen zum Naturhaushalt vorliegen, die Auswirkungen auf die vorliegende Planung besitzen können, behalten wir uns weiteren Vortrag vor. Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren und die Zusendung weiterer Unterlagen, sobald die Planung weiter voranschreitet.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Carolin Nagel

Referentin für Naturschutz



## Büro.knoblich

Heinrich-Heine-Straße 13  
15537 Erkner

z.H.v. Herr Andreas Walter

## Beteiligung Träger öffentlicher Belange

Stellungnahme des NABU M-V zum Bebauungsplan Nr. 8 PV Ramin Hohenfelder  
Tanger

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihrem Anschreiben zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 8 Photovoltaikanlagen Ramin 3 Hohenfelder Tanger erfuhr der NABU M-V von dem Vorentwurf des Bebauungsplanes und den dazugehörigen Unterlagen.

Der NABU befürwortet den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien und damit auch von Photovoltaikanlagen, die einen wichtigen Teil zur Umsetzung der Energiewende beitragen. Leider steht der Fokus beim Ausbau der Solarenergie noch immer nicht auf die Bebauung von Dächern auf Gebäuden und sonstigen versiegelten Flächen. **Dies ist aus Sicht des NABU dringend notwendig!** Mit den Vorstößen von Minister Backhaus für die Nutzung von PV auf Ackerflächen, die Anpassung des EEG 2021 und des gemeinsamen Eckpunktepapiers von BMWK, BMUV und BMEL, geht der NABU von einem verstärkten (unkontrollierten) flächenhaften Ausbau von PV in den Gemeinden aus.

Bei der naturschutzfachlichen Bewertung bestehen noch generell Lücken bezüglich sicherer Kenntnisse über Kurz- aber vor allem Langzeit-Auswirkungen von einzelnen PV-FFA, und die kumulative Wirkung bei mehreren Anlagestandorten. So bspw. zum Meideverhalten von Arten. Die Wissenslücke bezieht sich nicht nur auf die Betriebsphase, sondern u.a. auch auf Wartung und Rückbau der Anlagen. Nur ein fundiertes Wissen kann zu gezielteren Monitoringauflagen bzw. Ausgleichsmaßnahmen und somit auch schnelleren Genehmigungen führen. Allgemein setzt der NABU sich zudem für die Umsetzung sogenannter Nature Based Solutions (NBS) ein, also naturbasierte Lösungen um Konflikte zu lösen oder zumindest zu entschärfen.

Der NABU hat gemeinsam mit dem Bundesverband Solarwirtschaft einen Kriterienkatalog für die naturverträgliche Errichtung von Solarparks

Wismarsche Straße 146  
19053 Schwerin  
Landesgeschäftsstelle

Leonie Nikrandt (Landschaftsökolog.)  
Naturschutzreferentin  
038559389813  
Leonie.Nikrandt@NABU-MV.de

Schwerin, 06.01.2023

### NABU Mecklenburg-Vorpommern

Wismarsche Straße 146  
19053 Schwerin  
Tel. +49 (0385)59 38 98 0  
Fax +49 (0385)59 38 98 29  
lgs@NABU-MV.de  
www.NABU-MV.de

### Geschäftskonto

GLS Bank Bochum  
BLZ 430 609 67  
Konto 2045 381 600  
IBAN DE98 4306 0967 2045 3816 00  
BIC GENODEM1GLS  
USt-IdNr. DE 166961701

### Spendenkonto

GLS Bank Bochum  
BLZ 430 609 67  
Konto 2045 381 601  
IBAN DE71 4306 0967 2045 3816 01  
BIC GENODEM1GLS

Der NABU ist ein staatlich anerkannter Naturschutzverband (nach § 63 BNatSchG) und Partner von Birdlife International. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächnisse an den NABU sind steuerbefreit. Vereinsregister VR 13 AG Rostock

veröffentlicht. Der Katalog umfasst Empfehlungen, um die biologische Vielfalt in und um Solarparks herum zu erhalten und ist unter folgendem Link zu finden  
<https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/solarenergie/170629-nabu-kriterien-solarparks.pdf>

Wir fordern zur Beachtung der dort aufgeführten Empfehlungen auf. Dort heißt es u.a. „*Ein Eingriff in Schutzgebiete ist auszuschließen. Ausnahmen hiervon sind nur in Naturparks sowie im Einzelfall in Landschaftsschutzgebieten denkbar.*“ Der NABU MV legt zudem besonderen Wert auf den Schutz von tradierten Nahrungsflächen (zumeist Dauergrünland), welche von gefährdeten Arten wie dem Schwarzstorch, dem Schreiadler und den heimischen Milanen genutzt werden. Auch der Bau auf Grünland-Moorböden und Grünland in Vogelschutzgebieten wird als besonders kritisch angesehen. Ausnahmen auf Moorböden können durch eine im Zusammenhang stehende Wiedervernässung gegeben sein. Ein detailliertes Positionspapier des NABU Bundesverbandes in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden zu Solaranlagen könne Sie hier finden:

<https://www.nabu.de/presse/pressemitteilungen/index.php?popup=true&show=34062&db=presseservice>

Kernforderungen des NABU sind

- Förderpriorität auf Dachflächen
- Naturverträgliche Standortwahl
- Nutzung von Synergiepotenzialen
- Ökologische Gestaltung
- Erarbeitung eines bundesweiten modularen Monitoringkonzepts
- Einsatz von regionalem Wildpflanzen-Saatgut
- Vertiefte Forschung, bspw. zu PV und Wiedervernässung auf degradierten Moorstandorten.

Flächen die verbindlich frei von Solarparks gehalten werden müssen sind aus Sicht des NABU:

- Naturschutzgebiete, Nationalparks, Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten (BSR), geschützte Landschaftsbestandteile, Naturdenkmäler, Feuchtgebiete internationaler Bedeutung (Ramsar-Gebiete)
- Bewaldete Bereiche nach dem Bundeswaldgesetz
- Landes-, bundes- oder europaweit bedeutsame Brut-, Nahrungs- und Rastflächen von Wiesenlimikolen und anderer Wat- und Wasservogelarten
- Gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), unter anderem Streuobstwiesen oder wertvolle Trockenrasen-Habitats
- FFH-Gebiete (FFH-Lebensraumtypen): Die Flächenbeanspruchung von Solarparks stehen dem Erhalt, der Verbesserung und Wiederherstellung

von Lebensraumtypen und oft sehr kleinteiligen Habitaten der Anhangs-Arten der FFH-RL entgegen.

- Ökologisch hochwertige Flächen ohne Schutzstatus, aber mit stark gefährdeten Artvorkommen, z. B. Gebiete mit seltener Ackerwildkraut-Flora, etwa in den sogenannten landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten
- Schutzgebiete aller Kategorien, die auf das 30-Prozent-Ziel der EU-Biodiversitätsstrategie angerechnet werden
- Floating Photovoltaik (FPV) auf natürlichen Gewässern ist auszuschließen.

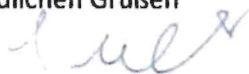
Der Vorstand des NABU M-V hat zusätzlich im Mai 2022 beschlossen, **dass die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen auf mineralischem Grünland und auf naturnahen Moorböden in MV abgelehnt wird.** Grund dafür ist die Seltenheit von Grünland auf Mineralböden in M-V sowie der hohe Klima- und Naturschutzwert von (naturnahen) Mooren. Auf entwässerten Moorböden können diese Anlagen aus Sicht des NABU M-V möglicherweise toleriert werden, wenn die Genehmigungen zugleich die Wiedervernässung des Torfkörpers und Torferhalt und die Möglichkeit der Nutzung natürlich aufwachsender Biomasse festlegen.

**Zum vorliegenden Fall führt der NABU M-V weiter aus:**

- Die B-Planfläche liegt im Verbreitungsraum der geschützten und sensiblen Art Schreiadler. Die avifaunistischen Begehungen beziehen sich nicht umfassend auf den angrenzenden Wald. Es ist sicher darzulegen, dass die Art Schreiadler durch das Vorhaben nicht gestört, verletzt oder getötet wird (Ausschluss Verbotstatbestände). Dafür sind auch Daten in Polen anzufragen.

Wir bitten um Weiterleitung unserer Stellungnahme an die uNB und weitere relevante Träger und planen eine Fortführung der Beteiligung.

Mit freundlichen Grüßen



Leonie Nikrandt (Naturschutzreferentin NABU M-V)



Fraktion „Wir in Ramin“  
Dominique van Eick  
Linken 12A  
17321 Ramin OT Linken  
dveick@gmail.com

Bauleitplanung - Frau D. Wagner  
Amt Löcknitz-Penkun  
Chausseestraße 30  
D-17321 Löcknitz  
dwagner@loecknitz-online.de

Linken, 22.12.2022

**Betreff : Stellungnahme zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 8  
„Photovoltaikanlage Ramin 3 Hohenfelder Tanger“ in der Gemeinde Ramin in Rahmen der  
Öffentlichkeitsbeteiligung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte die Fraktion „Wir in Ramin“, kurz WiR, der Gemeindevertretung Ramin zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 8 „Photovoltaikanlage Ramin 3 Hohenfelder Tanger“ Stellung nehmen.

Enerparc hat sich nach eigenen Angaben verpflichtet, bei der Planung mit PV verschiedene Standards einzuhalten, siehe <https://gute-solarparks.de/unternehmen/> und [https://www.bne-online.de/fileadmin/user\\_upload/22-09-13\\_bne\\_Gute\\_Planung\\_PV-Freilandanlagen.pdf](https://www.bne-online.de/fileadmin/user_upload/22-09-13_bne_Gute_Planung_PV-Freilandanlagen.pdf).

Für die WiR-Fraktion war das Argument der Erhöhung der Biodiversität auf den derzeit trotz schlechter Ackerwerte intensiv genutzten Flächen ausschlaggebend für die Entscheidungsfindung. Dieser Wunsch wurde auch von Enerparc in den Vorgesprächen positiv aufgenommen. Aufgrund der Lage der beplanten Fläche in einem strukturreichen, waldnahen Gebiet ist das Potenzial für eine Erhöhung der Biodiversität bei langfristiger extensiver Nutzung der Flächen vielversprechend.

Einer der von der BNE aufgestellten Standards, Standard D „Verpflichtungen zur Steigerung der Artenvielfalt (Planung und Bewirtschaftung, Biodiversitäts-PV)“, Seite 16 und 17 aus dem oben verlinkten Dokument, lautet:

„Entsprechend projektspezifisch festgelegter Schutzziele bzw. der erwünschten Aufwertungen am Standort (z.B. Aushagerung) wird der **Grad der Besonnung** zwischen den einzelnen Modulreihen und auf den besonnten Flächen derart umgesetzt, dass sich biodiverse Lebensräume entwickeln können. Für die Bewertung sind mehrere Ansätze denkbar:

**Bewertung des Grades der Besonnung, drei Varianten:**

- Betrachtung der Gesamtfläche: Festlegung über Grundflächenzahl (GRZ) nach §19 BauNVO, zur Vorgabe der überbaubaren Fläche. (**GRZ  $\leq$  0,6 als Bewertungshilfe**, „überschirmte Fläche“)
- Modulreihenabstände: Bewertung anhand des besonnten Streifens zwischen den Modulreihen (**durchschnittlich mindestens 2,5 m besonnter Streifen**)
- Spezifische Lösungen, entsprechend besonderer Schutzziele (z. B. Moor-PV)“

Die Einhaltung eines Sonnenstreifens von mindestens 2,5 m im bebauten Teil des Gebietes ist der Ausgangspunkt und kann je nach örtlichen Gegebenheiten und auch je nach Bauweise durch die Einhaltung eines GRZs von 0,6 erreicht werden. Bei Verschattungen durch die Hanglage oder z.B. durch Waldflächen sollte die GRZ jedoch niedriger angesetzt werden. In Fachkreisen gilt ein GRZ von 0,5 als sicher.

Die WiR-Fraktion weist darauf hin, dass die Berechnung des GRZs auf Basis eines 2,5 m Sonnenstreifens im überbauten Gebiet (z.B. nach dem Berechnungsmodell der Wattmanufaktur) und die entsprechende Anpassung des GRZs bei der weiteren Umsetzung zu berücksichtigen sei.

Mit freundlichen Grüßen,



i.A. Dominique van Eick (Fraktionsvorsitzende)  
Die Fraktion „Wir in Ramin“ (WiR)